

Wolfgang G, der den Beruf eines Zimmermanns (ohne Lehrabschluss) ausübte, verfügte aufgrund einer insgesamt siebenwöchigen Tätigkeit bei verschiedenen Zahnärzten als Ordinationsgehilfe bzw zahnärztlicher Assistent über rudimentäre Grundkenntnisse in Bezug auf Abläufe in einer Zahnarztpraxis, weiters betreffend die verwendeten zahntechnischen Instrumente und Hilfsmittel sowie in Bezug auf die dabei verwendeten Begriffe und die im Zuge einer Zahnbehandlung vorgesehenen Maßnahmen.

Am 12. 2. 2002 stellte er sich mit gefälschten Papieren bei der Zahnärztin **B**, die in einem in der Universitätszahnklinik in Wien aufliegenden Stellenangebot einen Zahnarztkollegen suchte, der in ihrer Ordination mitarbeitet und sie auch vertritt, als „Zahnarzt Dr. Rudolf F*****“ vor. Nach einem überzeugenden Einstellungsgespräch begann er in der Ordination der **B** zu arbeiten;

er zog bei Patienten Milchzähne, machte unter Assistenz der **B** Füllungen, zog einen Zahn und begann Wurzelbehandlungen, wobei er sich geschickt anstellte und wusste, wie man eine Wurzelbehandlung grundsätzlich durchführt. Schließlich bat die Beklagte **Wolfgang G******* (alias „Dr. F*****“), für sie die Urlaubsvertretung in der Zeit von 18. bis 22. Februar 2002 zu machen.

In diesem Zeitraum nahm **Wolfgang G******* in der Ordination der **B** an der **K**, die bereits etwa zehn Jahre bei dieser in zahnärztlicher Behandlung war und ab 15. 2. 2002 an starken Zahnschmerzen litt, eine Wurzelbehandlung am Zahn 36 vor. Am 21. 2. 2002 fertigte er ein Messröntgen an; sodann wurde der Zahn wieder mit einer medikamentösen Einlage versehen und provisorisch verschlossen. Bei einem Messröntgen handelt es sich um die Anfertigung eines Röntgenbildes mit Wurzelkanalinstrumenten in den Nervkanälen zur Kontrolle der Länge der Wurzeln. Die Durchführung eines Messröntgens im Zuge einer zahnärztlichen Notbehandlung ist nicht erforderlich, jedoch ist der dritte Wurzelkanal, soweit (wie hier) vorhanden, im Rahmen der definitiven Wurzelbehandlung zu messen. Der Zeitpunkt hierfür ergibt sich daraus, dass ein Patient klinisch subjektiv beschwerdefrei ist und das Wurzelkanalsystem mit Wurzelfüllmaterial gefüllt wird. Die **K** litt nach dem 21. 2. 2002 nach wie vor unter Schmerzen, doch waren diese im Vergleich zum Ausgleichsbefund deutlich geringer.

Am 25. 3. 2002 nahm die **B** in korrekter Weise eine Wurzelbehandlung im Bereich des Zahnes 36 vor. Anlässlich dieser Behandlung wurde kein neuerliches bzw vollständiges Kontrollröntgen angefertigt. Die **K** hatte zu diesem Zeitpunkt nach wie vor subjektiv Beschwerden, weshalb die Nichtdurchführung eines Messröntgens zu diesem Zeitpunkt keinen Behandlungsfehler durch die Beklagte darstellte.

Die Wahrscheinlichkeit des Scheiterns einer Wurzelbehandlung oder endodontischen Maßnahme im Sinne von anhaltender Schmerzhaftigkeit und einer Notwendigkeit der Wiederholung einer Wurzelbehandlung bzw die Notwendigkeit eines chirurgischen Vorgehens zur Entzündungssanierung, Wurzelspitzenresektion oder eventuell sogar Extraktion des Zahnes liegt selbst bei einer lege artis durchgeführten Wurzelbehandlung im Bereich von 5 bis 10 %. Die weiterhin vorhandene Aufbissempfindlichkeit der **K** tritt in etwa 5 % der Fälle nach Wurzelbehandlung auf, dies auch bei Durchführung lege artis.